

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

◀ **Eisenbahnstr.
auf der Zielgeraden**
Seite 2 >>>

◀ **Gemeinsam:
SPD und LINKE**
Seite 3 >>>

◀ **Brandenburg
investiert**
Seite 5 >>>

Eine Wortmeldung zur Flüchtlingsdebatte

S o m m e r
2015: Das
Mittelmeer
g l e i c h t
einem Mas-
s e n g r a b .
Immer mehr
Menschen
w e r d e n



Katja Kipping

durch Bürgerkriege, rassistische Diskriminierung, die Klimakatastrophe und Hunger in die Flucht getrieben. In Deutschland brennen Flüchtlingsunterkünfte.

Und Sigmar Gabriel und Angela Merkel haben trotzdem nichts Besseres zu tun, als Menschenleben gegeneinander auszuspielen und von „Wirtschaftsflüchtlings“ oder „Asylmissbrauch“ zu sprechen. Als wären Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit keine Gründe zu fliehen. Es sind auch nicht die Schlepper, die die Menschen dazu zwingen, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Der Tod auf den Transitrouten ist das Werk eben jener Großen Koalition, die den Schleppern erst die Geschäftsgrundlage bereitet.

Die Überforderung, die sich in vielen Kommunen zeigt, ist das Ergebnis eines inszenierten Notstandes. Die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deswegen will die LINKE, dass der Bund endlich seine vollen Möglichkeiten dafür ausschöpft, den Ländern und Kommunen zu helfen.

Wer will, dass Deutschland endlich mehr für die Bekämpfung von Fluchtursachen tut, der muss Rüstungsexporte verbieten und die Zusammenarbeit mit Terrorexporteuren, wie Saudi-Arabien, einstellen. Außerdem ist eine neue Handelspolitik erforderlich. Das Wirtschaftsabkommen, das die lokalen Märkte in Afrika zerstört, muss gekündigt werden.

Katja Kipping ist Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE.



Nicht willkommen: Frauke Petry in Neuenhagen

Mit vielen Plakaten kündigte es sich an: Frauke Petry, Bundesvorsitzende der AfD, kam auf ihrer Herbsttour ins Neuenhagener Bürgerhaus. Das wollten viele Neuenhagenerinnen und Neuenhagener nicht auf sich sitzen lassen und riefen auf zum friedlichen Protest. Warum dieser mehr als angebracht war und wie man mit den Themen Zuwanderung und Flucht besser umgehen sollte, lesen Sie auf **unserer Sonderseite 4**.

Links aktiv

Ab November befasst sich das Linksaktiv Neuenhagen **jeden 1. Dienstag** im Monat mit Fragen zur Kommunalpolitik. Um den Fokus ihrer Arbeit und Diskussionen auf lokale Interessen zu lenken, wollen die Linksaktiven mit allen Interessierten kommunale Fragestellungen erörtern. Gäste aus der Gemeindevertretung sind ebenso willkommen wie Bürgerinnen und Bürger mit und ohne konkrete Fragen.

Da die Fraktion häufig an den ganz aktuellen Fragen dran ist, soll hier auch ein

Raum dafür entstehen, sich damit vertieft auseinanderzusetzen und langfristige Wege zu finden, womit und wie wir Neuenhagen mitgestalten können und wollen. Ob jung, ob alt – das Linksaktiv lädt ein, sich zu informieren, kontrovers zu diskutieren und bietet die Gelegenheit, sich je nach Möglichkeit in die Gestaltung der Gemeinde einzubringen.

Womit befasst sich die Gemeindevertretung aktuell? Welchen Einfluss haben Neuenhagener auf den Ausgang politischer Entscheidungen? Welchen Stellenwert soll die Jugend-

arbeit in unserer Gemeinde haben? Gibt es eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden?

Dies ist nur ein Auszug dessen, was uns demnächst beim Kommunalpolitischen Gespräch des Linksaktives erwartet. Los gehts am 3. November um 19 Uhr im Bürgerhaus Neuenhagen.

Für ein Neuenhagen des Miteinanders.





Der neue Gruscheweg bewegt die Gemüter. Die Gemeinde will, dass der Ort die Veränderung möglichst gut verkraftet und bat nun die Bürgerinnen und Bürger um ihre Meinung.

Gruscheweg: Bürgermeinung wird umgesetzt

Die Bürgerbeteiligung zum Vorwurf des Bebauungsplans „Gruscheweg 6“ hat dann auch zahlreiche kritische Hinweise erbracht. In vielen Zuschriften wird Wert auf die Erhaltung von Grün- und Erholungsflächen gelegt und die Sorge vor einer zu hohen Verdichtung zum Ausdruck gebracht. Zahlreiche Kritiken und Vorschläge gab es auch zum Thema Verkehr. Ein Streitpunkt sind die Grundstückgrößen, die einigen als zu gering erscheinen. Eine geforderte Erhöhung auf bis zu

1000 m² würde jedoch eher einkommensstarke Gruppen bevorzugen und ist von daher auch aus unserer Sicht nicht sozial ausgewogen.

Insgesamt wurden durch die Verwaltung zahlreiche Vorschläge aus der Bevölkerung und von anderen Beteiligten aufgegriffen. Das betrifft z.B. die Bebauungsdichten (GRZ und GFZ), die Überprüfung der Kitaplanung, und die Hinweise zur Differenzierung der Straßenbreiten, Kurvenradien und

für Stellplätze im Straßenland. Weiterhin soll im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens ein Umweltbericht und ein Verkehrsgutachten erarbeitet werden. Im September wurde bereits ein Erschließungskonzept beschlossen, welches eine Straßenraumbreite zwischen neun und elf Metern festlegt. Diese könnte künftig noch nach oben, jedoch nicht mehr nach unten korrigiert werden.

Beate Fuchs ist Mitglied im Umwelt-, Bau- und Ortsentwicklungsausschuss.



Die Gemeindevertreter sind sich einig. Also so gut wie. Sie wollen schnellstmöglich eine Drogerie für den Ort. Sie wollen die Ortsmitte stärken und somit ihre Einzelhändler. Sie wollen Investoren gewinnen, hierzu nötige Baumaßnahmen zu übernehmen. Sie wollen kein Verkehrschaos, den samstäglichen Markt sichern und dem Bedarf an mehr Fahrradständen und einem öffentlichen WC gerecht werden. Trotzdem haben Sie nun einen Sonderausschuss zum Thema eingerichtet. Wie passt das zusammen?

Eisenbahnstraße: Gemeinsam kurz vorm Ziel

ster, er mache nun keinen Vorschlag mehr und man erwarte freudig unsere Vorschläge nach dem Sommer. Die ließen trotz Urlaubszeit nicht auf sich warten. Im Kern bestehen die Unterschiede darin, wie man die Ziele erreichen kann.

als ein unnötiges Nadelöhr. Sie wollen vielmehr kleinere Läden, die auch eine Ankerfunktion haben können und wollen dazu das alte Eisenbahnerhaus als Übernachtungsherberge herrichten, u.a. um dem Bürgerhaus mehr Besucher zu bescheren, die dann auch ortsnah nächtigen könnten.

anzumelden. Sie hat diese eine Chance. Und diese gemeinsam erreichen zu wollen, ist Stärke. In Neuenhagen steht das Miteinander vor Parteibüchern und Machtgerangel.

Es fehlen einige wenige Treffen und dann natürlich der viel längere Weg der Umsetzung einer dann gemeinsamen Entscheidung. Nachdem wir diesen Weg schon etwas länger propagiert hatten, freut es uns daher umso mehr, dass er nun eingeschlagen wurde. Auch das derzeit erstellte Verkehrsgutachten soll nun doch eine Rolle vor der Entscheidung spielen. Die Versachlichung der Diskussion war und ist die Grundlage für eine Entwicklung des Ortes, welche ihn nicht in Gewinner und Verlierer spaltet, sondern im Interesse möglichst aller handelt.

Sven Kindervater ist Vorsitzender der Fraktion und des Umwelt-, Bau- und Ortsentwicklungsausschusses.

Kurz vor der Sommerpause verkündete der Bürgermei-

Auf der einen Seite stehen die Fraktionen CDU, SPD, NWF und Teile der GRÜNEN. Trotz der Abstimmungsniederlage im April haben sie an einem Weg gearbeitet, wie man eine Drogerie doch noch als Anker für das Ortszentrum in die Eisenbahnstraße bekommen kann und schlagen dafür eine Variante mit einer Rampe und einer Fußgängerzone vor. Die Fraktionen DIE LINKE, Die Parteilosen, May/Fürstenberg und der andere Teil der GRÜNEN sieht das bei sechs Metern Straßenbreite und der Möglichkeit einer Koppelung von einem Drogeriemarkt mit einem Biomarktzentrum wenige hundert Meter daneben

Da es derzeit 14:15 steht, fühlt sich niemand so richtig wohl. Bei Ehrenämtern kann immer etwas dazwischenkommen und so würde der Zufall die entscheidende Komponente. Genau da setzt jetzt etwas ein, was durchaus als Neuenhagener Weg bezeichnet werden kann: Diskutierend auf der Sachebene sucht man nun den Kompromiss. Das hat nichts mit fehlendem Entscheidungswillen zu tun. Vielmehr hat Politik nicht das Recht wie etwa ein Unternehmen, etwas in Auftrag zu geben und nach einigen Jahren bei Misserfolg einzustampfen oder Insolvenz



Seit 2011 hat sich die Gemeinde vorgenommen, die Goethe-Grundschule energetisch zu

Goethe-Grundschule soll saniert werden

sanieren. Das hat das 1913 fertiggestellte Gebäude durchaus nötig, doch die finanziellen Mittel dafür stehen erst jetzt zur Verfügung. 1,7 Mio. € will die Gemeinde investieren und im Schuljahr 2016/17 die Maßnahmen umsetzen. Dafür zieht die Schule in der Zeit in das jetzige Gebäude der Schwanenteich-Grundschule um, die bis dahin vollständig

ihre neue Heimat am Schäferplatz bezogen haben wird.

In der Beratung der GVT wurde mehrfach die Notwendigkeit für einen Anbau bei Goethes betont, um allen Anforderungen an eine moderne Schule gerecht zu werden. Ebenso wurde auf den Handlungsbedarf bei der Fallada-Grundschule verwiesen. Ein Blick auf

die gesamte Schulsituation ist unbedingt angebracht, damit sich Neuenhagen auch künftig als attraktiver Bildungsstandort beweisen wird. Fraglich bleibt, ob die formulierten Ziele finanzierbar sein werden. Dazu soll auch die nun anstehende Haushaltsdebatte genutzt werden.

Ilka Goetz ist Vorsitzende der Gemeindevertretung.



Angela Kann

Medienwirksam werden in der letzten Zeit die Interessen der Rennbahn Hoppegarten GmbH kundgetan. Es ist sehr viel von Missverständnissen die Rede. Es soll doch eine Förderung des Pferdesports für die Region geben und ein Teil der Neuenhagener Bevölkerung verstehe das nur nicht. Nun ist viel über die Wertigkeit des professionellen Pferdesports in der heutigen Zeit geredet worden. Das gilt es hier auch nicht zu wiederholen. Fakt ist und bleibt: Die Rennbahn Hoppegarten GmbH nutzt z. Z. nicht einmal die Kapazitäten ihrer jetzigen Anlagen aus und hat „angeblich“ auch noch keinen Nutzer für die Neuenhagener Bahn. Was soll das Ganze also? Vielleicht doch eine Spekulation mit der Immobilie? Diese Frage

Trainierbahn: Der missverstandene Investor

wird uns sicherlich niemand wahrheitsgemäß beantworten wollen. Muss man auch nicht, denn die Geschichte Nachwendedeutschlands ist voll von solchen Aktivitäten von Förderern und Machern.

Missverständlich ist für uns auch nicht, dass die Rennbahn Hoppegarten GmbH mit ihrem großzügigen Angebot den Beschluss des Grünordnungsplanes der Gemeindevertretung aushebeln will. Das wird wahrscheinlich auch gelingen, denn einige Gemeindevertreter und auch die Verwaltung sind sehr angetan von diesen Ideen. Wie sehen diese aus: Die Gemeinde bekommt einen Spazierweg auf der jetzigen Sandbahn um die Bahn herum und beschränktes Betretungsrecht der Waldflächen. Das gesamte Innenoval, also fast 50%, wird dafür aus dem Grünordnungsplan herausgenommen und kann von der Rennbahn Hoppegarten GmbH nach ihren Vorstellungen entwickelt werden. Nachmittags nach 14.00 Uhr und sonntags darf die Bevölkerung dann auch das Innenoval

nutzen. Im Gegenzug hätte die Rennbahn Hoppegarten GmbH gerne für dieses Entgegenkommen eine Abstandsfläche von der Gemeinde, auf der sie ihre Betriebsgebäude und Stalungen errichten kann. Angesprochen wurde hier eine größere Fläche am Waldfriedhof.

Es muss hier noch einmal betont werden: die Gesetze des Natur- und Landschaftsschutzes stehen eindeutig den Interessen der Rennbahn Hoppegarten GmbH entgegen. Die Trainierbahn Neuenhagen wird als „besonderes Kleinod innerhalb des Landschaftsschutzgebietes“ genannt. Sollte die Rennbahn Hoppegarten GmbH ihre Interessen weiterverfolgen und der Grünordnungsplan nicht zustande kommen, braucht es immer noch die Zustimmung zur geplanten Nutzung der Unteren bzw. Oberen Naturschutzbehörde.

Unsere Trainierbahn steht in vielen Touristenführern Deutschlands als Neuenhagener Sehenswürdigkeit. Deshalb kommen Leute aus dem

ganzen Land und aus Berlin hierher. Sie gehen hier in die Restaurants und Geschäfte. Sie kommen nicht wegen einer Trainingsstätte für Profipferde. Hier vergibt sich Neuenhagen eine Chance, dass es touristisch besser angenommen wird. Neuenhagen wird auch in Zukunft nicht als Pferdesportstandort wahrgenommen werden. Das ist und bleibt – auch zu Recht – Hoppegarten. Die Neuenhagener Trainierbahn wird nur ein Betriebsteil der Rennbahn sein und damit nicht erwähnenswert. Das ist es nicht wert, unsere einzige zusammenhängende Grünfläche bedingungslos aufzugeben.

Also sollten wir darum kämpfen, den Grünordnungsplan zu beschließen. Auch wenn – und hier darf man Herrn Schöningh durchaus einmal zitieren – er ein dickes Fell bei Bürgerprotesten hat und er sein Projekt durchzieht, auch wenn es schwierig wird. Das sei sein unternehmerisches Risiko.

Angela Kann berät als „Linksaktive“ die Fraktion.



DIE LINKE.

(Red.) Die Fraktionen der LINKEN und der SPD haben eine Reihe gemeinsamer Anträge in die Gemeindevertretung eingebracht. Demnach sollen die Gebühren für das letzte Kita-Jahr halbiert werden. Außerdem sollen für alle Familien mit einem Jahreseinkommen unter 20.000 Euro – also der Armutsgrenze in Deutschland – die Gebühren ganz abgeschafft werden. Die Fraktionen setzen damit einen Vorschlag ihrer beiden Vorsitzenden, Marianne Hitzges (SPD) und Sven Kinderwatter (DIE LINKE) vom Juli des Jahres in die Tat um. Sie werben

Gemeinsam für ein soziales Neuenhagen

auch bei anderen Fraktionen für diesen Antrag und hoffen auf eine Umsetzung im nächsten Jahr. Die Gemeinde wendet derzeit ca. 7,5 Mio. Euro für die Kitas auf, davon werden 1,7 Mio. Euro durch die Gebühren der Eltern getragen. Außerdem soll so auch ein Beitrag in der Debatte geleistet werden, ob und wie das Land Brandenburg perspektivisch zur gebührenfreien Kita übergeht.

In einem weiteren Antrag geht es um eine Machbarkeits- und Bedarfsanalyse für ein Hallenbad im Mittelbereich. Sollte sich der Bedarf bestätigen, wird der Bürgermeister beauftragt, mit den Nachbargemeinden über die Gründung eines kommunalen Zweckverbandes zum Bau und Unterhalt eines Hallenbades zu verhandeln. Bedarf für eine Schwimmhalle gebe es

nicht ausschließlich für die Freizeitgestaltung, sondern auch für den Schwimmunterricht. Viele Schulen im Mittelbereich müssen bisher auf Angebote in Strausberg oder Fürstenwalde zurückgreifen, was mit einem erheblichen Geld- und Zeitaufwand verbunden ist.

Auch beim Thema Jugendsozialarbeit wollen LINKE und SPD etwas bewegen. Hier geht es um ein neues Konzept zur aufsuchenden Jugendarbeit, in das die Nachbargemeinden ebenfalls einbezogen werden sollen.

Außerdem wollen die Fraktionen die Aufwandsentschädigungen für Gemeindevertreter dem Niveau der Nachbargemeinde Hoppegarten anpassen. Fraktionen sollen sich Fachliteratur anschaffen und Weiterbildungen wahrnehmen, sowie

den gestiegenen Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit nachkommen können, wobei jeglicher Wahlkampf davon ausgenommen ist. Derzeit bekommen Gemeindevertreter 85 Euro im Monat.

Diese Anträge entstanden, nachdem sich die Spitzen der Ortsverbände der beiden Parteien auf Initiative von Frau Hitzges getroffen haben. Dabei wurden beide Kommunalwahlprogramme verglichen und überlegt, was davon gemeinsam umgesetzt werden kann. Gibt es auch zu anderen Themen bekanntermaßen Differenzen, verbindet der starke politische Gestaltungsanspruch die beiden Fraktionen. Die gute Zusammenarbeit auf der Sachebene soll mit allen Fraktionen im Miteinander fortgesetzt werden.



Von Werner Niebsch

„Sie wollten entrinnen den Schlachten
Dem ganzen Nachtmahr
Und eines Tages kommen
In ein Land, wo Frieden war.“

Dieser Vers von Brecht kam mir in den Sinn, als wir im IB in der Ziegelstraße zum ersten Male mit den jugendlichen Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan zusammentrafen. Wir, das waren sechs der ehrenamtlichen Deutschlehrer, die über ein halbes Jahr die Asylbewerber aus dem Hoppegartener Hotel mit Grundkenntnissen in unserer Mut-

So könnte Integration gelingen

tersprache vertraut gemacht hatten. Wie vielleicht bekannt, mussten die Flüchtlinge ziemlich plötzlich am 31. August von Hoppegarten nach Seelow umziehen. Zunächst wurden sie dort in einer Turnhalle untergebracht. Glücklicherweise nicht lange, denn in Neuhardenberg wurden stillgelegte Wohnblöcke reaktiviert und nun leben sie dort. Was ich erwähnen möchte: Die Deutschkurssteilnehmer hatten sich mit einem emotionalen Dankesbrief von ihren Lehrern verabschiedet – trotz Umzugsstress.

Die Hoppegartener Willkommens-AG „get2gether“, welcher auch Petershagener und Neuenhagener angehören, hatte diesen Umzug in vorbildlicher Weise begleitet. Es gab Hilfe beim Transport und bei der Betreuung der Flüchtlinge, zu denen sich mittlerweile freundschaftliche und herzliche Beziehungen entwickelt

hatten. Mit bewundernswerter Energie gelang es, kurzfristig Wohnungen für Familien mit Kindern zu besorgen und mit Hilfe von gespendeten Materialien einzurichten. Allen Beteiligten Dank für diese Leistung! Ein besonderes Dankeschön an Anja Dombrowski, die die vielen Aktivitäten koordinierte, was leicht gesagt, aber schwer getan ist.

Wie man sieht: Die Willkommens-AG setzt ihre Arbeit fort, obwohl das Gros der Asylbewerber jetzt in Neuhardenberg ist.

Ein Schwerpunkt dabei wird der Deutschkurs für die mittlerweile zwölf Jugendlichen sein. Von Montag bis Freitag, jeweils von 9 bis 11 Uhr, bemühen sich die sieben afghanischen und 5 syrischen Flüchtlinge (der jüngste 13, die meisten 17 Jahre alt), die deutsche Sprache zu erlernen.

Frau Karin Engel organisiert auch hier wieder den Einsatz der Kollegen und die Materialbeschaffung.

Meine bisherigen Erfahrungen aus dem Unterricht mit den Flüchtlingen bestätigen sich. Auch die Jugendlichen sind aufgeschlossen, sie strengen sich an, sie fragen (!), sie helfen sich gegenseitig und sie bedanken sich nach jeder Lektion. Pünktlichkeit scheint allerdings mehr eine deutsche Tugend zu sein.

Mir ist es eine große Genugtuung, auf meine alten Tage noch einmal an einem Prozess mitwirken zu können, der für unser Land sehr wichtig ist. Die Integration muss gelingen. Sie wird gelingen, wenn sich der Geist, wie er beispielhaft in der Willkommens-AG herrscht, ausbreitet und verstetigt.

g2ghoppegarten.wordpress.com

Flüchtlinge: Fakten vs. Vorurteile

1. »Deutschland kann nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen«

Weltweit sind 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Die Hauptherkunftsländer sind: Syrien (3,9 Mio. Flüchtlinge außerhalb des Landes), Afghanistan (2,6 Mio.) und Somalia (1,1 Mio.) Aber fast zwei Drittel der Flüchtlinge bleiben im eigenen Land. In Europa lag Deutschland im Jahr 2014 mit 2,5 Asylsuchenden pro tausend Einwohnern auf Platz 8 (an der Spitze: Schweden, Ungarn, Österreich). Alle in Deutschland lebenden aner-

kannten Flüchtlinge machten Mitte 2015 etwa 750.000 Personen aus, also weniger als 1% der Gesamtbevölkerung.

2. »Die meisten Asylsuchenden sind Wirtschaftsflüchtlinge«

Im ersten Halbjahr 2015 erhielten 36 Prozent aller Asylsuchenden Schutzstatus zugesprochen. 37 Prozent wurden abgelehnt, bei 27 Prozent gab es formelle Entscheidungen. Bei den Herkunftsländern Syrien, Irak und Eritrea liegen die Anerkennungsquoten bei 99%. Auch abgelehnte Asylsuchen-

de können gute Gründe zur Flucht haben. Umwelt- und Hungerflüchtlinge werden nach rechtlichen Kriterien nicht anerkannt, rassistisch diskriminierte und systematisch ausgegrenzte Roma erhalten nur in wenigen Einzelfällen Schutz.

3. »Flüchtlinge kriegen alles hinterhergeschmissen und kommen nur wegen des Geldes«

Asylsuchende bekommen 10% weniger Sozialhilfe als Hartz IV-Empfänger. Sie haben meist alles verloren: Haus, Arbeit,

Besitz. In Deutschland werden sie oft nur notdürftig untergebracht. Die Sozialhilfe wird zunächst vor allem als Sachleistung gewährt, der Barbetrag für alltägliche Bedürfnisse liegt bei Familien im Monat bei 129 € pro Erwachsenen und etwa 80 € pro Kind. Das sind 4,30 € bzw. 2,70 € am Tag und reicht oft nicht einmal für die Fahrt zu einer Behörde und zurück. In der Anfangszeit unterliegen Asylsuchende einem Arbeitsverbot und dürfen sich nicht frei bewegen (»Residenzpflicht«). Nur akute Erkrankungen werden medizinisch behandelt.

Im Wortlaut: Erklärung der Neuenhagener Fraktionen - Für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit

Wir sprechen uns hiermit gegen den Auftritt der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry am 23. September 2015 im Bürgerhaus aus. Statt Probleme zu lösen und Menschen zu helfen, schürt die AfD Ressentiments und missbraucht Ängste. In ihren Parolen verbreitet sie Vorurteile, etwa gegen den Islam und fördert eine Ablehnung allem Fremden gegenüber. In ihren Darstellungen hetzt sie sozial Benachteiligte gegen Notleidende auf. Auf ihrer Herbsttour, die nun auch bei uns halt gemacht hat, verbündet sie sich wie in Erfurt mit der NPD und anderen rechtsextremen Organisationen. Den Menschen, welche dieser Tage wieder Heime in Brand stecken und dabei teure kommunale Einrichtungen vernichten, gibt sie die Sicherheit, auch in ihrem Interesse zu agieren. Wie die Schriftstellerin Christine Nöstlinger sagte: „Sie sind der Nährboden, aus dem Gewalt wächst.“





Freude über 1.100 neu eingestellte Lehrerinnen und Leh-

1.100 neue Lehrerinnen und Lehrer

rer: Damit kann der Unterricht in Brandenburg abgedeckt werden; für einen gesicherten Start ins neue Schuljahr ist gesorgt. Besonders erfreulich ist das geplante Gesundheitsmanagement für Lehrkräfte – DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, dass hier präventiv gehandelt wird. Jetzt wird unsere Forderung umgesetzt.

Eine Herausforderung bleibt der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf, besonders an den Grund- und Oberschulen. Häufig stehen die Lehrkräfte vor viel zu großen Klassen, weil der Richtwert von maximal 23 Schülerinnen und Schülern überschritten wurde. Schulen, besonders auf dem Land,

müssen zugezogene Kinder oder Wiederholer abweisen – ein Zustand, der für die Betroffenen unzumutbar lange Schulwege mit sich bringt. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass hier flexible Entscheidungen für einen guten Unterricht gefällt werden.

Kathrin Dannenberg ist bildungspolitische Sprecherin.



Das Landespflegegeld für schwerbehinderte, blinde und gehörlose Menschen wird um insgesamt 30 Prozent steigen. Dies geschieht in zwei Stufen:

Landespflegegeld wird erhöht

Ab 1.01.2016 um 20 Prozent und ab 1.01.2018 um insgesamt 30 Prozent im Vergleich zu den Beträgen im Jahr 2015. Damit steigen die monatlichen Leistungen für schwerbehinderte Menschen von 148 Euro auf bis zu 192,40 Euro, für blinde Menschen von 266 Euro auf 345,80 Euro und für gehörlose Menschen von 82 Euro auf 106,60 Euro. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist dem Landtag zugleitet wor-

den. Der Gesetzentwurf wird nun dem Landtag zugeleitet. In Brandenburg erhalten rund 3.400 Menschen Landespflegegeld.

Eine Verbesserung des Landespflegegeldes ist dringend notwendig, denn die Leistungen wurden in Brandenburg seit 1995 nicht mehr erhöht. Diese Leistung ist 1997 und 2003 sogar gekürzt worden. Deswegen ist die Erhöhung um insgesamt 30 Prozent für alle

Menschen mit Behinderungen ein ganz wichtiges Signal. Es wird im Land Brandenburg nicht nur über Inklusion geredet, sondern es werden auch konkrete Maßnahmen umgesetzt, damit jeder Mensch – ob mit oder ohne Behinderung – am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben kann.“

Diana Golze ist Ministerin für Arbeit und Soziales.



Brandenburg hat im Jahr 2014 kräftig in die Infrastruktur investiert um die noch bestehenden Rückstände zu den westlichen Bundesländern abzubauen. Mit einer Investi-

Brandenburg investiert

onsquote von 13,3 Prozent liegen wir um 3,5 Prozentpunkte über dem Länderdurchschnitt. Fast 1,1 Mrd. Euro für Investitionen kamen wichtigen Vorhaben in den Städten und im ländlichen Raum zu Gute. Das betrifft den Neubau der neuen Mensa und eines Lehrgebäudes an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde, den Ausbau des Bahnhofs Brandenburg an der Havel, die Sanierung der Klosteranlage der Stiftung

Stift Neuzelle und die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums in Velten. Wir haben in neue Straßen und Radwege investiert, so z.B. in die L 76 Ortsumfahrung Mahlow und den L 402 Radweg Groß Kienitz-Dahlewitz. Und wir nehmen Geld für bessere Internetverbindungen im ländlichen Raum in die Hand. Damit haben wir alle Investmittel die wir aus dem Solidarpakt II erhalten (828 Mio. Euro) restlos für die Verbesserung

der Infrastruktur eingesetzt. Und noch mehr als 260 Mio. Euro draufgepackt. Weitere 30 Millionen Euro gingen an die Kommunen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft, die im Vergleich zu den westdeutschen Ländern nach wie vor besteht.

Daniela Trochowski ist Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen.



Die Landesregierung will mehr Geld für die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum für Flüchtlinge ausgeben. Es gilt, vom bisher geplanten Wohnungsabriss auf Wohnraumsanierung für ca. 17,5 Mio. Euro

Sanierung statt Abriss und mehr Neubau

umzuschwenken und dies zügig, um die Unterbringungszeiten in Zelten und Turnhallen möglichst kurz halten zu können. Ebenso wichtig ist, dass für den Wohnungsneubau mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Ein Plus von 30 Mio. Euro aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes wird für die Jahre 2015 und 2016 eine Schubwirkung im sozialen Wohnungsbau bringen, und zu einer spürbaren Entlastung bei der Wohnraumbereitstellung führen. Das

angekündigte Darlehensprogramm über 20 Mio. Euro zur Sanierung von leerstehenden Gebäuden in Städten und Gemeinden wird gute Lösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bringen.

Die Probleme bei der Unterbringung der Flüchtlinge verweisen jedoch auch auf die allgemeine Wohnungsmisere in Deutschland. Dieses Problem muss auf Bundesebene angepackt werden, damit es für alle mehr preiswerten Wohnraum gibt. Allein um den

Bestand an Sozialwohnungen zu halten, wären bundesweit 100.000 neue Wohnungen nötig. Um ausreichend günstigen Wohnraum zu schaffen, muss die Bundesregierung endlich ein finanziell unterfüttertes Konzept für eine Wohnungsoffensive vorlegen. Besondere Unterstützung brauchen jene Städte, in denen sich Wohnungsknappheit und andere Schwierigkeiten gegenseitig bedingen.

Anita Tack ist stadtentwicklungspolitische Sprecherin.

Über 100 Neuenhagener sagen: Schluss mit Zeit- und Leiharbeit!

Mehr als hundert Neuenhagener waren auf dem diesjährigen Oktoberfest an unserem Info-Stand und haben sich an unserer Unterschriftenaktion gegen Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge beteiligt. Offenbar haben wir bei vielen Leuten damit einen Nerv getroffen: sie haben sich spontan, ohne dass wir viel argumentieren mussten, zum Mitmachen entschlossen – entweder, weil sie selbst oder ihre Verwandten oder Bekannten davon betroffen sind.

Jede zweite Neueinstellung ist heutzutage befristet. Viele Arbeitgeber erzählen das Märchen, dass Befristungen eine Chance für junge Menschen seien. Für viele junge Leute sind sie eher eine bleierne Kugel, die sie daran hindert ihre Zukunft planen zu können. Die Kinderarmut in Deutschland hängt damit unweigerlich zusammen. Es ist auch kein Sprungbrett: nur weniger als

ein Drittel der befristet Beschäftigten wird irgendwann übernommen. Die Befristerei hat vor allem einen Sinn: Einseitige Flexibilität der Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten durchzusetzen und sie durch die Angst vor Jobverlust erpressbar zu machen.

Es gab an unserem Infostand

einige Nachfragen, ob ein Verbot von befristeten Arbeitsverträgen für kleine Gewerbetreibende etwa im Handel und Gaststättenbereich nicht negative Auswirkungen hätte. Diese sind jedoch nicht das Problem! Wir wollen etwas gegen den massenhafte Missbrauch tun, der mit sogenannten „sachgrundlose Befristungen“ in

Großunternehmen wie Amazon und Aldi oder in Callcentern stattfindet. Besonders die älteren Bürger haben uns immer wieder gesagt, dass sie unsere Aktion unterstützen, weil sie wollen, dass ihre Kinder und Enkel anständige Arbeitsverträge bekommen sollen.

www.das-muss-drin-sein.de



Lesetipp:

Yanis Varoufakis: Time for Change – Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre

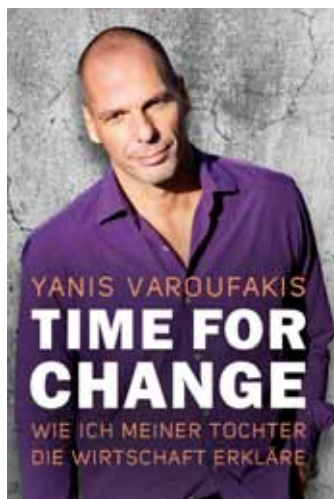
Ohne Zweifel ist dies ein Buch, das sich von vielen Wirtschaftsbüchern unterscheidet. Nicht nur, weil es an die Tochter des international bekannten Wissenschaftlers gerichtet und bewusst leicht verständlich geschrieben ist, sondern weil es um die von

der Wirtschaft betroffenen Menschen geht. Zugleich geht es auch um die großen ökonomischen Fragen: Wie entstehen Preise und Werte, welche Ursachen und Wirkungen haben Staatsschulden, was kann der Staat gegen ökonomische Ungleichheit und Umweltzerstörung und – last but not least – wie funktioniert unser Bankensystem? Varoufakis Buch ist ein eindrucksvolles Plädoyer gegen das Dogma von der Unfehlbarkeit der Märkte.

Erfahrungen und sein Wissen in einer Zeit, die als „Neuer Kalter Krieg“ bezeichnet wird, wertvoller denn je. Es ist heute kaum vorstellbar, dass sich ein Politiker als Diener seines Staates definiert. Egon Bahr tat es. Ohne Pathos. Zwei unerfüllte Träume blieben für den kürzlich Verstorbenen: Ein politisch geeintes Europa und ein gesicherter globaler Frieden. Für jemanden, der über 50 Jahre einen wachen Blick auf das politische Geschehen hatte,

war es unerheblich, wann diese Träume in Erfüllung gingen, hauptsächlich man hat das Ziel im Blick. Das Buch beinhaltet auch ein Gespräch zwischen Egon Bahr und Hans Modrow zur Ukraine-Krise, der Staatsverschuldung Griechenlands, der jüngsten Annäherung zwischen den USA und Kuba und zu Fragen des internationalen Terrorismus.

Beide Bücher finden Sie in der Buchhandlung Büniger in der Ernst-Thälmann-Str. 36.



Egon Bahr: Ostwärts und nichts vergessen!

Egon Bahr, Architekt der sozialliberalen Ostpolitik und Vordenker der Politik der „Gemeinsamen Sicherheit“, zählte zu den wichtigsten politischen Köpfen unseres Landes. Im Deutschland der 1960er Jahre war undenkbar, ja geradezu obszön, was er und Willy Brandt und Egon Bahr vorhatten. Mit seinem Leitgedanken „Wandel durch Annäherung“ sind seine



Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Dr. Arno Gassmann Wolterstr. 12 15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.